

munen müssen im Mittelpunkt solcher Verhandlungen stehen. Sie dürfen als Gäste nicht außen vor bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann noch zu den Müllgebühren: Finanziert werden soll das neue Wertstoffgesetz über eine Abgabe vergleichbar der bestehenden Abgabe auf Verkaufspackungen, die beim Kauf dann im Kaufpreis enthalten sein wird. Dann werden die Kosten wieder dem Verbraucher aufgebürdet. Das schreibt auch der Landkreistag. Wenn es Defizite gibt, wird der Verbraucher zum zweiten Mal zur Kasse gebeten. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Verbraucher entlastet, nicht belastet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen stimmen wir FREIE WÄHLER mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund darin überein, dass die Zuständigkeit der Kommunen für die Erfassung wertstoffhaltiger Abfälle eine Mindestbedingung für ein ökologisches und sozial verträgliches Konzept sein muss. Wir wollen nicht, dass die Gebühren steigen. Wir befürchten aber, dass es in Teilen zu einer Privatisierung von Wertstoffgewinnen und zu einer Sozialisierung von Abfallkosten kommt. Das kann nicht im Sinne der Bürger in Bayern sein. Deswegen muss dieses Gesetz verhindert werden. Ich glaube, das wollen wir eigentlich alle.

Sie müssen zwar auf Ihre Große Koalition ein bisschen Rücksicht nehmen, Sie müssen aber auch schauen, wie die Kommunen von diesem Gesetz betroffen sind. Wir müssen dieses Gesetz gemeinsam verhindern. Wir wollen und müssen die kommunale Selbstverwaltung erhalten. Deshalb bitte ich Sie mit Nachdruck, diesen Gesetzentwurf abzulehnen und auf eine Lösung zu drängen, die der kommunalen Daseinsvorsorge den Rücken stärkt. Der vorliegende Gesetzentwurf – darin sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einer Meinung – muss abgelehnt werden. Wir sagen das, was auch der Landkreistag sagt: Wertstoffgesetz ab in die Tonne!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor ich in der Rednerliste mit Herrn Dr. Hünnerkopf weiterfahre, darf ich mit großer Freude meinen Vorgänger im Amt, Herrn Präsidenten Alois Glück, begrüßen. Lieber Herr Präsident, lieber Alois Glück, ganz herzlich willkommen! Es freut uns ganz besonders, dass Sie in Begleitung der Bergwacht heute hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen können wir Ihnen stellvertretend für alle ehrenamtlichen Kräfte heute ein ganz herzliches Dankeschön für Ihre großartige ehrenamtliche Arbeit sagen, die Sie leisten. Das gilt für alle, die in Bayern hervorragend im Ehrenamt aufgestellt sind. Danke schön, dass Sie da sind. Ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich in der Aussprache weiterfahren. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag, den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz im Rahmen der Länderbeteiligung abzulehnen. Sie haben es gehört: Es handelt sich um einen Arbeitsentwurf.

Dieser liegt seit dem 21. Oktober vor. Darin werden erste Gedanken zu Papier gebracht. Jeder, der weiß, wie sich Gesetze entwickeln, weiß auch, dass an einem Arbeitsentwurf ständig Ergänzungen bzw. Verbesserungen vorgenommen werden. Unterschiedliche Interessen werden aufgegriffen und eingewoben. Wir reden noch nicht von einem Gesetzentwurf und schon gar nicht von einem Gesetz, sondern von einer ersten Arbeitsgrundlage.

Meine Damen und Herren, über das Thema Wertstoffgesetz wird seit vielen Jahren kontrovers diskutiert; insoweit haben Sie recht, Herr Kollege Fahn. Unter dieser Überschrift wird die gemeinsame Sammlung und Entsorgung von Verpackungen und sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen verstanden. Verbraucher sollen, so die Grundidee, zum Beispiel eine Bratpfanne und Verpackungsmaterial, zum Beispiel eine Konservendose, in dieselbe Tonne werfen dürfen. Das wird oft schon so gemacht und soll jetzt legalisiert werden. Die gemeinsame Wertstofffassung und -entsorgung sollen auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird besonders über die künftige Organisation der Sammlung diskutiert. Verschiedene Kommunen und kommunale Verbände, auch die FREIEN WÄHLER, setzen sich für ein Modell ein, in dem die Verantwortung für die Erfassung aller Wertstoffe allein bei den Kommunen liegt. Dieser erste Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums – er datiert vom 21. Oktober; ich habe es gesagt – ist unverbindlich und zeigt Ansätze auf, wie ein Wertstoffgesetz gestaltet werden könnte.

Anders, als die FREIEN WÄHLER in ihrem Antrag fordern, greift der Entwurf Regelungen der derzeit gel-